

Lukina, Jelena (2010): Europäische Sklaven des 21. Jahrhunderts.

„All animals are equal, but some animals are more equal than others.“ (George Orwell)

Nach den Worten des Abgeordneten Rumäniens im EU-Parlament, Alexander Severin, der am 17. April 2006 einen Bericht für die OSCE bzw. Lettland vorlegte, sollte nach der Abschaffung eines Imperiums ein neu gegründeter Staat den Einwohnern die Möglichkeit geben, die Staatsangehörigkeit des neuen Staates anzunehmen oder die alte Staatsbürgerschaft zu behalten.

Leider ist in Lettland mit den Nichtbürgern /Staatenlosen/ Aliens so etwas nicht passiert. Diese Personengruppe ist seit der Auflösung der Sowjetunion und der damit verbundenen Unabhängigkeit Lettlands staatenlos. Hier wurde ein fataler Fehler gemacht, der leider unbemerkt blieb bzw. nicht die nötige Aufmerksamkeit erhielt.

Lettland ist historisch bedingt ein multinationaler Staat und trotzdem basiert dessen aktuelle Politik auf diesem schwerwiegenden Fehler. Lettland begann den Aufbau des Staates unter dem Motto eines ethnokratischen Regimes im Sinne des ehemaligen Diktators Karlis Ulmanis (1934-1940): „Lettland nur für die Letten“.

Das seit 1990 an der Macht stehende politische Regime Lettlands begründet heute das Entstehen von Nichtstaatsangehörigen in Lettland mit der Rückkehr des Landes in die Gesetzgebung der Diktatur von Karlis Ulmanis. Das heutige Land wird als legitime Fortsetzung des damaligen Regimes definiert, das bis Juni 1940 in Lettland regierte. Alles, was in den Sowjetzeiten war, wurde als illegal erklärt. Das bezieht sich auch auf die Personen, die zwischen 1940-1991 nach Lettland zuwanderten oder dort geboren wurden sowie für deren Nachkommen. Somit stellt sich die Frage: Wer sind die Nichtbürger Lettlands? Es ist nicht leicht eine Definition zu finden, weil die rechtliche Lage widersprüchlich ist. Eine Definition könnte lauten, dass es sich um „Citizens of a non-existent State“ handelt.

1990 hat Lettland das geltende Übereinkommen zur Vermeidung der Staatenlosigkeit nicht ratifiziert. Eine allgemeine Staatsbürgerschaft wurde abgelehnt und nicht ratifiziert. Somit wurden alle Einwohner, deren Vorfahren vor 1940 nicht in Lettland lebten, als illegal erklärt. Diese wurden als Staatenlose definiert und haben von der lettischen Regierung einen entsprechenden Ausweis erhalten, der die lettische Bezeichnung „nepilsonis“ („Nichtbürger“) trägt. Ins Englische wäre diese Bezeichnung gemäß dem staatlichen Sprachenzentrum des Justizministeriums mit „non-citizen“ zu übersetzen, jedoch steht offiziell im Pass der Begriff „Alien“.

In Wirklichkeit ist diese Personengruppe staatenlos, weil sie von der lettischen Regierung nicht anerkannt und darüber hinaus in ihren Rechten gegenüber Letten schlechter gestellt ist.

Die Staatenlosen oder Apatrides werden vom lettischen Regime als „Nichtbürger“ bezeichnet, um die internationale Öffentlichkeit nicht direkt auf diesen Missstand im Staat aufmerksam zu machen. So ist es Lettland gelungen, die internationale Öffentlichkeit irrezuführen. In Wirklichkeit sind diese Menschen in die Rechtslage von Apatriden oder Staatenlosen geraten.

1995 fand in Riga ein Seminar statt, bei dem Teilnehmer aus Europa und den USA die Rechtssituation der Staatenlosen in Lettland diskutierten.

Ein Kulminationspunkt dieses Treffens war die Rede des Leiters des Amtes für Bürgerschaft und Immigration Lettlands, Pljavnieks, der den Teilnehmern mitteilte, dass die europäischen Normen einfach Theater seien und diese nirgendwo eingehalten würden. Wenn für die Teilnehmer die Probleme von Staatenlosen so wichtig seien, dann könnten diese doch die lettischen Nichtbürger zu sich nehmen.

Während der letzten 20 Jahre hat sich nichts geändert. Auch der Beitritt Lettlands zur EU hat keine positiven Änderungen gebracht. Während Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates, so genannte Unionsbürger, sowohl an Wahlen der EU als auch an ihren nationalen Kommunal- und Parlamentswahlen teilnehmen können, ist dies für Staatenlose in Lettland, die seit 20 Jahren als Steuerpflichtige im Land sind, weiterhin verboten. Die zahlreichen unabhängigen Beobachter des Wahlprozesses in Lettland bemerkten nicht, dass ein Viertel der Bevölkerung ohne Wahlrecht ist. Selbstverständlich werden diese Beobachter auch bei den Wahlen im Oktober dieses Jahres beide Augen zudrücken.

Nichtbürger/Staatenlose/Aliens sind Personen, die nach ihrer ethnischen Herkunft keine Letten sind, d.h. deren Vorfahren vor 1940 nicht auf dem Territorium des heutigen Lettlands lebten. Die Mehrheit von ihnen ist in Lettland geboren oder lebt von Geburt an in Lettland.

Im Januar 2010 lebten nach offiziellen Angaben in Lettland 344095 Nichtbürger. Das entspricht 15,26% der Einwohner Lettlands. Sie leben vorwiegend in den Großstädten Lettlands: So sind es in Riga 24,6%, in Liepaja 22,2% und in Daugavpils 20,4%. Im Vergleich zu den lettischen Bürgern sind sie rechtlich schlechter gestellt und fühlen sich wie Menschen zweiter Klasse - ja sogar wie Untermenschen - behandelt.

Es gibt 80 rechtliche Begrenzungen für Staatenlose in Lettland, so z.B. mehrere Arbeitsverbote. Des Weiteren werden die Berufsjahre in der Sowjetzeit bei der Ermittlung der Altersrente für die Nichtbürger nicht berücksichtigt. Das bedeutet, dass diese Menschen weniger rechtliche Möglichkeiten als Verbrecher oder Mörder haben. So können mehrmals Vorbestrafte zwar nicht selbst ins Parlament gewählt werden, aber es ist ihnen nicht verboten, an den Parlaments- oder Kommunalwahlen teilzunehmen, selbst wenn sie zu dieser Zeit im Gefängnis sind. Die Staatenlosen sind offizielle Steuerzahler in Lettland, aber trotzdem erhalten sie nicht einmal die Möglichkeit bei Kommunalwahlen ihre Meinung auszudrücken. Es ist ihnen sogar ausdrücklich verboten an kommunalen Wahlen und EU-Wahlen teilzunehmen. Staatenlose/Nichtbürger/Aliens können in Lettland auch nicht Abgeordnete des EU-Parlament wählen, obwohl die Zahl der Abgeordneten auf der Basis der gesamten Bevölkerungszahl Lettlands ermittelt wird. Und selbst ins EU-Parlament gewählt zu werden, davon können die Nichtbürger nicht einmal träumen.

Das so genannte „long-term democratic deficit“ existiert in Lettland schon seit fast 20 Jahren und ist ein wesentlicher Grund für die heutige wirtschaftliche Situation Lettlands. Verstärkt wird diese Situation durch eine korrumpierte Regierung, die nicht im Stande ist, die wirtschaftlichen und rechtlichen Probleme des Landes zu lösen.

Inzwischen hat man mehrmals versucht, die europäische demokratische Öffentlichkeit auf die Rechtssituation der Nichtbürger/ Staatenlosen/ Aliens in Lettland auf-

merksam zu machen. Leider waren die Reaktionen jeweils zurückhaltend. Wahrscheinlich hatte Pljavnicks damit Recht, dass es mehr Theater gäbe. Es gibt mehr Interesse für die rechtliche Situation in Russland oder in Afrika. Man sieht den Balken im eigenen Auge nicht, aber den Splitter im Auge des Anderen.

Quellen:

David Weissbrodt, Progress report on the rights of non-citizens, U.N. Doc. E/CN.4/Sub.2/2002/25 (2002).

<http://www1.umn.edu/humanrts//demo/noncitizens-2002.html>

http://www.zapchel.lv/index.php?lang=en&mode=opinion&page_id=318

Latvian Non-Citizens - Who are they? http://www.pctvl.lv/i/doc/citizens_nonexisting.pdf

http://www.minelres.lv/count/non_cit-rights_2.htm

www.coe.int/t/congress/files/themes/monitoring/fact-finding-missions/Latvia/default_en.asp

[http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Non-citizens_\(Latvia\).svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Non-citizens_(Latvia).svg)